

## ■ Drucksachen

Doppelte Ausbeutung der Frauen: Auszug aus einer Vorlesung der russischen Revolutionärin Alexandra Kollontai

## ■ Schwarzer Kanal

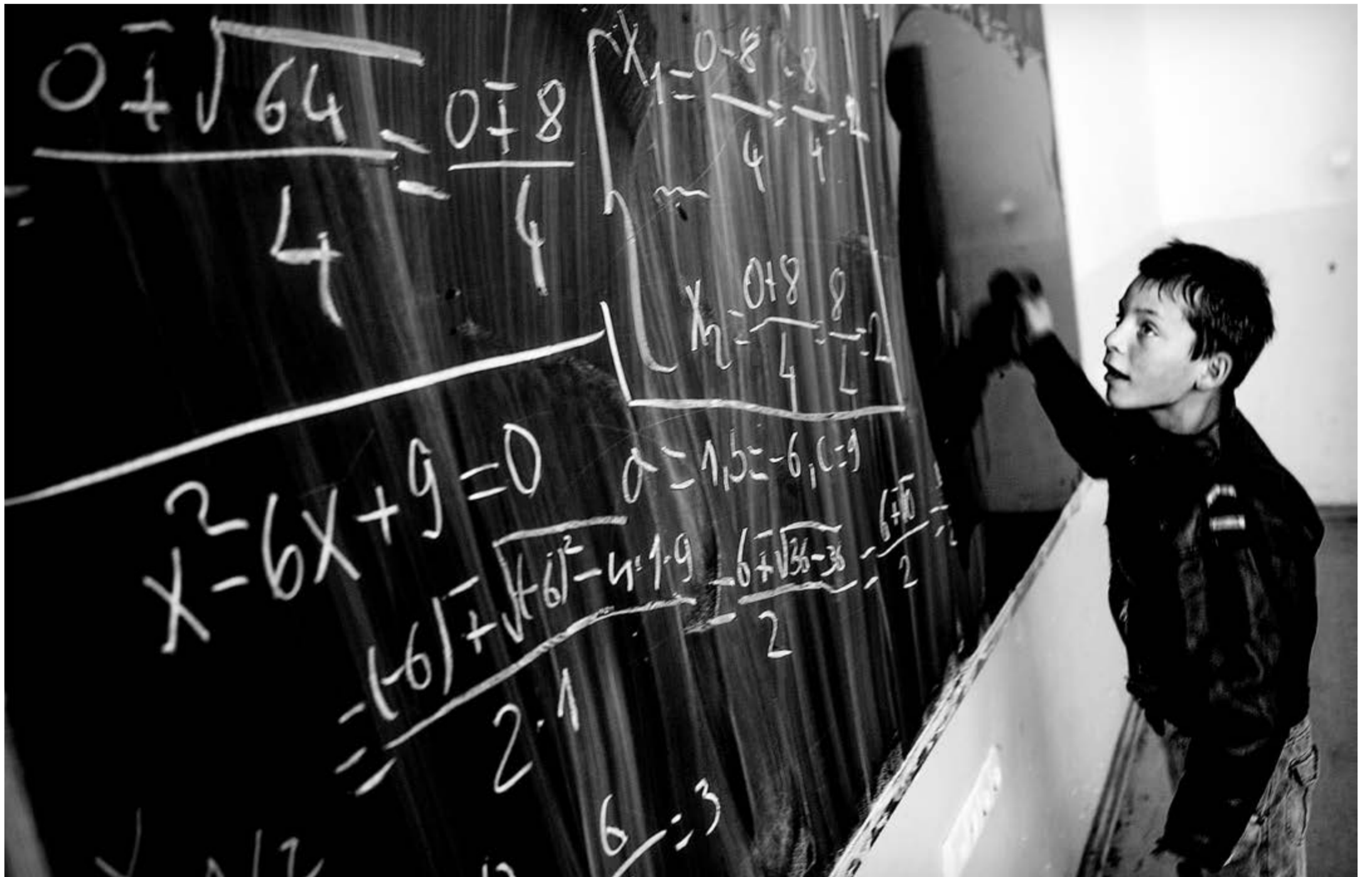
Im russophoben Furor lassen sich nur wenige kritische Stimmen ausmachen. Doch es gibt sie. Ein Beispiel aus der SZ

## ■ ABC-Waffen

Wasserschaden: Mit allen Fasern meines kältestarren Körpers spürte ich die Ewigkeit jeder Sekunde. Von Stefan Siebert

## ■ Coole Wampe

Grünes Blattwerk am Helm und an Hüften Granataaten trägt Selenskij seit heut und hat's bislang nicht bereut: Bärlauchgnocchi



## »Bildung ist wesentlich für den Friedensprozess«

Über die deutsche Hochschullandschaft und Erfahrungen nach NATO-Interventionen im Kosovo sowie in Afghanistan. **Ein Gespräch mit Michael Daxner**

Interview: Rainer Werning

**A**ls ich Ende der 1970er Jahre das erste Mal Ihren Namen hörte, hieß es im Unterton der Bewunderung:

»Der machte eine steile Karriere.«  
Waren Sie ein Überflieger?

Ja und nein. Ja, weil ich sehr früh damit begonnen hatte, mir konkrete Lebenspläne zu machen. Und nein, was überwiegt: Es gab viele Barrieren in der kurzen Zeit des beruflichen Aufstiegs, manche haben Weichen in andere Richtungen gestellt, als ich das wollte. Ich denke aber nicht in Erfolg und Niederlage und habe das auch früher nicht getan. Zum Gelingen gehören immer auch andere, solidarisch oder in Gegnerschaft, und da wollte ich mich nicht verbiegen



### Michael Daxner ...

... geboren 1947 in Wien, studierte Anglistik, Pädagogik, Philosophie bzw. Geistes- und Sozialwissenschaften. Nach seiner Promotion berief ihn die Universität Osnabrück zum Professor für Hochschuldidaktik. Von 1986 bis 1998 war Daxner Präsident der Universität Oldenburg. Er war im Rahmen des UN-Einsatzes im Kosovo (UNMIK) tätig und forscht seit 2003 zu Afghanistan. 2017 veröffentlichte er zum Thema die Studie »A Society of Intervention«. Daxner ist unter anderem langjähriges Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung an der Universität Marburg und stellvertretender Vorsitzender des Hochschulrates der Universität Marburg

lassen. Ich bin später in meiner Laufbahn mehrfach von wichtigen Positionen zurückgetreten.

**Wie kamen Sie als Wiener dazu, sich im norddeutschen Osnabrück niederzulassen?**

Meine berufliche Laufbahn begann im Wiener Wissenschaftsministerium. Dort war ich mit Hochschuldidaktik, aber auch mit internationalen Beziehungen befasst. Ich wollte durchaus »aufsteigen«, was in einer sehr jungen

Abteilung aber schwierig war. Zudem war der Gang nach Westdeutschland politisch für mich anziehender als eine Beamtenkarriere in Österreich. Ich wollte lieber Professor werden, als auf der Beamtenleiter hochsteigen. Die damalige Ministerin und mein Chef haben mich tatkräftig unterstützt, es gab keine Jobgarantie in Deutschland. Weil aus Marburg nichts wurde, habe ich bei der Möglichkeit, Professor an der Universität Osnabrück zu werden, zugegriffen – glücklicher Zufall, gute Beratung und vielleicht die Vision, über die Hochschuldidaktik in weitere Sozialwissenschaften vorzustoßen. Dazu kommt natürlich die Verbindung mit Deutschland über meine Frau.

Glück war dabei. Wer weiß, vielleicht hat der Österreicher deutsche

**Ein Schüler in einer Schule im Dorf Orllan, Kosovo (2012)**

■ Fortsetzung auf Seite zwei

■ Fortsetzung von Seite eins

Konkurrenz kämpfe neutralisiert. Ich war links genug für eine Unineugründung, schon einigermaßen erfahren im europäischen Hochschulbereich. Wichtig war für mich zudem, dass ich in Osnabrück noch lernen konnte, was eigentlich die Voraussetzung einer Berufung im alten Sinn gewesen wäre. Das hat viel zu meinen späteren Arbeitsschwerpunkten beigetragen – und paradoxerweise zu intensiven Vermittlungsrollen zwischen verschiedenen linken Lagern.

**Nach Ihrer Zeit in Osnabrück wurden Sie Präsident der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Was waren die markantesten Veränderungen im bundesdeutschen Hochschulsystem während Ihrer universitären Laufbahn?**

Das System ist seit 1961 zu stark gewachsen. Der Staat hat die Autonomie an der falschen Stelle eingeschränkt, und die professorale Hierarchie machte viele wissenschaftliche Hoffnungen zunichte. Ich habe dagegen angeschrieben, angeregt, Politik zu machen versucht, wollte Reformen umsetzen. Das ist mir in Oldenburg besser gelungen als in der Bundespolitik, und vieles, vor allem internationales und fachübergreifendes Engagement, hat mich bestärkt.

Meine Linie war es, sich immer fachlich und politisch zu positionieren und dabei selbstbewusst nicht nur andere solidarisch »mitzunehmen«, sondern den eigenen Standpunkt hartnäckig gegen verflachende Kompromisse zu verteidigen. Damit habe ich mir viele und teilweise schwere Probleme eingebrockt, aber auch einige Erfolge erzielt.

**jW** Spezial. 8 Seiten extra

## Nahost

Mittwoch, 13.4., in jW



THILO SCHMUELGEN/REUTERS

### Kommunisten an der Seite der kurdischen Bewegung

Von Nick Brauns

### Klassenkampf in Kurdistan

Von Yusuf Karadas

### Kriminalisierung von Kurden in der BRD

Von Elmar Millich

### Der revolutionäre Kampf der kurdischen Frauenbewegung

Von Meral Cicek

DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**

Ausgabe inklusive Spezial für 1,90 € am Kiosk erhältlich

„Es war ein Krieg in Afghanistan, um die Taliban von der Macht zu vertreiben, und ab 2005 war es wieder ein Krieg gegen die Taliban, den IS und andere Gruppen. Dass Deutschland hier begriffsfaul war, hängt mit der Schwäche der eigenen Ziele und der Abhängigkeit von den USA in diesem Konflikt ab.“

**Sie waren von 2000 bis 2002 bei der UNMIK im Kosovo zuständig für Bildung und Wissenschaft. Was waren dort Ihre Erfahrungen und Arbeitsergebnisse in einem Land, dem seitens der EU mehrfach attestiert wurde, dass dessen Regierung eine Nähe zur organisierten Kriminalität pflegt und kosovarische Spitzenpolitiker wie Hashim Thaci, Xhavit Halili und Ramush Haradinaj als Teil einer »Gangsterbandenkultur« anzusehen seien?**

Ich war schon vor 2000 für den Friedensprozess auf dem Balkan engagiert, unter anderem beim Europarat. Dabei habe ich Bildung, insbesondere die Hochschulen, als wesentliches Element für einen solchen Prozess begriffen. Das und Regionalkennntnis haben mich mit Unterstützung von Österreich und Deutschland in diese Position gebracht.

In dieser Zeit war ich an der Wiederherstellung eines staatlichen Bildungssystems beteiligt: der Beschäftigung von Lehrkräften, ihrer sozialen Einbettung, neuen Lehrplänen und vor allem ethnischer Deeskalation auf der konkreten Ebene. Dazu der Aufbau eines Ministeriums und die Kooperation innerhalb von UNMIK und mit den lokalen Kräften bis hin zum Ministerkollegen. Kompliziert genug, aber im Ergebnis erfolgreich. Kritik und Leerstellen habe ich von Anfang an dokumentiert und öffentlich gemacht. Wichtig war die durchgängig gute Zusammenarbeit mit dem UNMIK-Chef Bernard Kouchner und mit Tom Koenigs, der als »Regierungschef« fungierte und die Kommunikation mit den albanischen und slawischen, nicht nur serbischen, Akteuren wahrte.

Es gibt noch eine zweite Antwort auf die Frage: Man hat keine Wahl, als mit Menschen zu kooperieren und gegebenenfalls Konzessionen zu machen, die in einer zivilen Demokratie schwer vorstellbar wären. Die kosovarischen Spitzenpolitiker waren teilautonome Akteure, auf die alle Bezeichnungen zutreffen. Sie haben politische Teilinteressen der Bevölkerung vertreten und in »unpolitischen« Bereichen agiert, wie eben eine fremdgesteuerte Spitze ihre Macht absichert. Wer beruft wen, welcher Partei gehören die Schulräte an, wo werden lokale Machtinteressen über die Bildung durchgesetzt – das waren konkrete Probleme.

Leicht ironisch: Ein Gangster wird nicht dadurch bekehrt, dass man ihn Gangster nennt – oder nichts macht. Und gänzlich unironisch: Mit unserer Politik und mit meiner Bildungspolitik haben wir schneller als in anderen Bereichen zur friedlicheren und ruhigeren Entwicklung eines Landes beigetragen, das am Boden gelegen hatte.

**In gleicher Mission wirkten Sie seit 2003 in Afghanistan. Inwiefern glichen oder unterschieden sich diese beiden Auslandsaufenthalte?**

Das war eine ganz andere Mission. Im Kosovo war ich sozusagen »Minister« eines Besatzungssystems. In Afghanistan war ich hauptsächlich Berater und habe Forschungs- und Entwicklungsprojekte im zivilen Bereich sowie auf kulturellen und strukturellen Ebenen durchgeführt. In Afghanistan gab es eine unvergleichbare

Gemengelage zwischen der afghanischen Regierung und internationalen Militärs sowie starken externen Institutionen, die das Land in komplizierter, oft widersprüchlicher Weise »gestützt« haben.

Trotzdem habe ich im Kosovo vieles als Blaupause gelernt, was ich in Afghanistan anwenden beziehungsweise nicht wiederholen wollte. Ein Beispiel: Mit dem Minister richtete ich eine Rektorenkonferenz ein – in einem Land, doppelt so groß wie Deutschland. Ganz anders im Kosovo, wo man in zwei Stunden von einer Ecke zur anderen kam. Es war anfangs eine gute Reformzeit mit viel Freizügigkeit, Reisen durchs ganze Land und geringer Gefährdung von Personen und Institutionen. Das wurde zunehmend anders, und letztlich habe ich nach einigen gefährlichen Situationen meine Arbeit 2017 aufgegeben.

**Mit Abzug westlicher Truppen im August 2021 war viel von einem »Debakel des Westens« oder einer »Katastrophe« in Afghanistan die Rede. Eine umfangliche Aufarbeitung wurde vollmundig angekündigt. Davon ist mir bis dato nichts bekannt. Was waren Ihrer Meinung nach die Hauptfehler des NATO-Kriegs in dem Land, der am Anfang hierzulande offiziell nicht als Krieg bezeichnet wurde?**

Kurz zusammengefasst: Die Intervention 2000/2001 war im Prinzip richtig, aber die Fehler, die von westlicher und anderer Seite gemacht wurden, haben zum Teil irreparable Schäden angerichtet. Ich habe das zunehmend kritisch und in Teilen selbstkritisch aufgearbeitet. Die Politik von US-Präsident Donald Trump war katastrophal, ohne sie hätte man noch reparieren können, was 2005 versäumt und 2014 nicht komplett abgeschlossen wurde: den Militärrückzug. Dazu hätte es aber eine weit bessere zivile Entwicklungsunterstützung gebraucht und ein Sicherheitsbündnis, das Iran, Russland, China und die anderen Anrainer wenigstens partiell einbindet. Es war ein Krieg, um die Taliban von der Macht zu vertreiben, und ab 2005 war es wieder ein Krieg gegen die Taliban, den IS und andere Gruppen. Dass Deutschland hier begriffsfaul war, hängt mit der Schwäche der eigenen Ziele und der Abhängigkeit von den USA in diesem Konflikt ab.

**Vielfältig und mit Verve setzten Sie sich für die sogenannten Ortskräfte in Afghanistan ein. Was ist da bis dato konkret geschehen?**

Es sind mittlerweile viele gerettet und herausgeholt worden, aber zu spät, teilweise ohne Familien. Deutschland, vor allem das Innenministerium unter Horst Seehofer und das Auswärtige Amt unter Heiko Maas, haben nicht nur Fehler gemacht, sondern Menschen den bürokratischen Schreibtischträgern überlassen. Das hat sich geändert, aus zwei Gründen. Zum einen war die Lage ab der Machtübernahme wirklich so prekär, dass Ausreden nichts mehr nützten. Zum anderen macht das die neue Regierung besser, aber auch hier zu langsam und nicht mit dem nötigen Druck.

**Wie schätzen Sie die jeweiligen Entwicklungsperspektiven im Kosovo und in Afghanistan ein?**

Kosovo hat sich mit Premierminister Albin Kurti zu einem autoritären Staat

entwickelt, der aber eine gewisse Normalisierung durchläuft. Die alten Banditen sind nicht mehr so stark am Ruder. Afghanistan ist unter den Taliban kein wirklicher Staat mehr. Die Behauptung, man könne einen solchen unter dem Diktat der Religion betreiben, ist Unsinn. Sie rechtfertigt dafür Willkür und Gewalt. Es kann sein, dass der Westen sich mit den Taliban arrangiert, um den IS zu bekämpfen. Es kann aber auch sein, dass sich die Taliban selbst zerlegen. Wahrscheinlich ist, dass eine Antriebskraft die verheerende, grausame Hungerkatastrophe ist, die nicht nur die Bevölkerung reduziert, sondern Herrschaft insgesamt brüchig macht. Ich habe aber keine genaue Prognose – doch es wird unweigerlich mehr Flucht aus dem Land sowie vom ländlichen in den städtischen Raum geben.

**Was sind augenblicklich die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?**

Der wichtigste Schwerpunkt neben meiner wissenschaftlichen Arbeit ist die afghanische Diaspora, praktische Hilfe, vor allem im akademischen Bereich. Daneben starkes Engagement in Fragen der jüdischen Gegenwart in Deutschland, die Auseinandersetzung um die von Rechten gekaperte Garnisonkirche in Potsdam und meine Arbeit an Sozialprojekten in Österreich. Das reicht allemal, überfordert mitunter. Heute teile ich mir die Zeit aber leichter ein als früher und sage auch Einladungen ab.

**Sie sind unter anderem auch Forschungsdirektor der »Global Citizenship Alliance«. Was verbirgt sich dahinter?**

Das ist eine amerikanisch-österreichische Organisation, die US-Studierenden Aufenthalte in Salzburg ermöglicht, um dort Europa kennenzulernen. Diese war und ist erfolgreich, wurde durch Trump schwer beschädigt, hat aber noch mehr durch die Covid-19-Pandemie ein Tief erfahren. Wir hoffen, sie erholt sich – das ist für ein paar Hundert Studierende im Jahr eine sehr globale, antinationale Erfahrung.

**Sie erhielten zwei Ehrendoktorwürden: eine von der Towson University im US-Bundesstaat Maryland und eine von der Staatlichen Universität Nowosibirsk. Derzeit fordern zahlreiche Ihrer Kollegen namhafter bundesdeutscher Wissenschaftsorganisationen ein vollständiges Kappen der Kontakte zu Russland. Wie positionieren Sie sich in diesem Konflikt?**

Seit vielen Jahren habe ich kaum mehr Kontakte nach Akademgorodok (Stadtteil der in Sibirien liegenden Stadt Nowosibirsk, jW), wo ich den Ehrendoktor in der Zeit der Demokratisierung erhalten habe, unter anderem wegen der Kooperation in der Klimaforschung mit Oldenburg. Ich stehe Putins Russland kritisch gegenüber, das hat mit diesem Titel nichts zu tun. Eher mit der Hoffnung auf Rückkehr des akademischen Russland zur kosmopolitischen Funktion von Wissenschaft.

**Sie promovierten an der Universität Wien zu Beginn der 1970er Jahre mit einer Arbeit über den Philosophen Ernst Bloch, dessen dreibändiges Hauptwerk »Das Prinzip Hoffnung« auch und gerade von der Studentenbewegung der 1960er Jahre viel gelesen wurde. Müsste nicht Blochs Opus gegenwärtig eine Renaissance erfahren?**

Nein, keine Renaissance. Bloch-Schüler haben sein Werk weiterentwickelt, und er hat gegen Ende seines Lebens das Hoffnungspathos selbst relativiert. Das Werk wirkt unglaublich vielfältig und in vielen Kulturen nach, vor allem auf der Ebene von Ästhetik und gesellschaftlicher Moral, weniger in der systematischen Philosophie.